

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 1.00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1.20 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Samstags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 47

Duisburg, den 19. November 1921

22. Jahrgang

## Arbeitsgemeinschaft für den Maschinenbau

Am 28. Oktober fand im Sitzungssaal der Außenhandelsstelle für den Maschinenbau in Charlottenburg eine Vorberathung der Arbeitsgemeinschaft für den Maschinenbau statt, die sich mit der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Maschinenbau beschäftigte. Den Vorsitz führte Herr Geheimrat von Borzsig.

Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch einen Bericht von Herrn Dr. Ing. ter Meer, Direktor der Hannoverschen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft. Der Redner, der in seinen Ausführungen das ganze Problem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit behandelte, ging von den Gründen der Arbeitslosigkeit im allgemeinen aus und verglich die Verhältnisse in Deutschland mit denen in anderen Industrieländern. Er stellte fest, daß zur Zeit die Arbeitslosigkeit im Ausland größer sei als im Inland. Da Deutschland nicht in der Lage sei, den Bedarf seiner Einwohner mit Rohstoffen aus eigener Erzeugung zu decken, sei es auf die Einfuhr solcher und zu deren Bezahlung wiederum auf die Ausfuhr angewiesen. Es sei nötig, möglichst wirtschaftlich zu arbeiten, man müsse also mit anderen Worten Arbeitskräfte sparen, eine Forderung, die somit im Widerspruch stehe, der Arbeitslosigkeit zu steuern. In diesem Zusammenhange wies der Vortragende darauf hin, daß die heutige günstige Lage der deutschen Ausfuhrindustrie, die lediglich eine Folge des Tiefstandes des Marktwertes sei, nicht etwa als Dauerzustand angesehen werden könne. In sachlicher Kritik beleuchtete der Redner alsdann den nicht immer günstigen Einfluß, den die seit der Revolution eingeführten wirtschaftlichen Maßnahmen auf das wirtschaftliche Arbeiten und auf die Arbeitslosigkeit ausgeübt hätten. Eindringlich wies er nach, daß die Vergehung von Maschinenlieferungen an unbeschäftigte, aber nicht auf diese Arbeiten eingeübte Betriebe, die Verpflanzung von ungelerten Arbeitern oder Arbeitern anderer Berufsweige in die Maschinenfabriken und die Durchführung der Arbeitsregelung die Stachkraft des Maschinenbaues im Inland und auf dem Weltmarkt gegenüber den ausländischen Wettbewerbern lahmlegen müsse. Erfolgreich kann die allgemeine Arbeitslosigkeit bekämpft werden durch Belebung der Landwirtschaft, durch Urbarmachung von Oeblandereien, durch Kanal-, Straßen- und Wohnungsbauten. Die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen behindert die Belebung der Bautätigkeit. Neben diesen wirksamen Mitteln kämen für die Industrie, vor allem für den Maschinenbau, noch einige Wege in Betracht, deren günstiger Einfluß sich allerdings erst nach Jahren zeigen könne: eine gute theoretische und praktische Ausbildung der Arbeiter, der kaufmännischen und technischen Beamten, sowie die Verbesserung des inneren Aufbaues und der Arbeitsweise der Betriebe durch Mechanisierung, Typisierung, Spezialisierung usw. Er erklärte, daß der Arbeiterwechsel kein geringerer sei als im Frieden, teilweise sogar zugenommen habe, was auf die Produktion ungünstig einwirkte. Nicht immer sei auch bei den Arbeitslosen der notwendige Arbeitswille vorhanden. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte der Vortragende, daß alle auf Belebung der Arbeitslosigkeit gerichteten Bemühungen, so dankenswert sie an sich auch seien, durch die Gewalt der Gegner weitgemacht würden, in deren Händen Deutschland heute nur ein Spielball sei.

Das Gegenreferat erstattete der Vertreter unseres Verbandes, Kollege Kreil, Berlin. Er bezeichnete es als eine Notwendigkeit, im Interesse einer Belebung der Arbeitslosigkeit mit allen Kräften auf eine Verbilligung der Erzeugung hinzuwirken. Dieses Ziel lasse sich jedoch nicht durch eine Verlängerung der Arbeitszeit erreichen; denn auf diesem Wege könne keineswegs eine hinreichende Abschleifung erzielt werden, um der durch die Verlängerung der Arbeitszeit bedingten größeren Zahl von Erwerbslosen alsdann Beschäftigung zu gewähren. Dagegen kann von den Arbeitnehmern verlangt werden, daß die achtstündige Arbeitszeit durch Arbeitsintensität voll ausgenutzt würde. Pflicht der Industrie sei es, mehr als bisher ihre beträchtlichen Ausfuhrerlöse zur Herabsetzung der Inlandpreise heranzuziehen. Auch erfordere die Kalkulationserraris der Industrie eine gründliche Nachprüfung. Die Verbilligung der Produktion darf nicht auf Kosten des Menschen, seiner Gesundheit und seines Wohlbefindens erfolgen, sondern durch Verzicht auf Uebergewinne und Förderung des technischen Fortschritts. Am Ende d. J. erweisen sich die Gewinne immer größer, als man im Laufe des Jahres angenommen hätte. Schließlich müssen unnötige Formen des Zwischenhandels ausgeschaltet und andererseits besseres Zusammenwirken zwischen der Industrie und dem Handel erzielt werden. Hier können auch die Nachmittage, die uns durch den großen Einfuhrbedarf in die Hand gegeben sind, gegenüber dem Ausland besser ausgewertet werden. Dies erscheint jedoch nur möglich durch den Ausbau entsprechender Organisationen. Um einem tatsächlichen Mangel an gewissen gelerten Arbeitern in manchen Berufen abzuhelfen, seien bevorzogene Entlohnungen in diesen Berufen als Anreiz zu erstreben. Das System der Tarifverträge lasse dies ohne weiteres zu. Auch müssen alle Bestrebungen gefördert werden, welche die Leistungsfähigkeit der Arbeiter durch Hebung ihres Wissens zu steigern suchen. Auch die Erwerbslosen verwenden hierbei viele Kräfte und Mittel. Bei Wirtschaftskrisen müsse sich die Solidarität aller Volksschichten zeigen. Es sei ausgeschlossen, daß nur ein Teil des Volkes die Lasten dieser

Krisen bis zum finanziellen und seelischen Zusammenbruch tragen kann. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte der Redner, daß nach der Verfassung jeder Volksgenosse ein Recht auf Arbeit habe; alle Volksteile sollen durch einträchtiges Zusammenwirken danach streben, daß dieses Ziel erreicht werde.

Nach mehrstündiger weiterer Aussprache wurde nachstehende Entschliessung angenommen:

1. Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft nimmt in Aussicht, die heutige Erörterung über die Arbeitslosigkeit, da sie über den Rahmen des Maschinenbaues hinausgegriffen hat, weiteren Kreisen als Beitrag für die Behandlung dieser überaus wichtigen Frage zugänglich zu machen.
2. Da infolge der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit im Maschinenbau zur Zeit eine Arbeitslosigkeit in größerem Umfange nicht vorzuliegen ist, so behält sich der Vorstand vor, die Frage erneut zu erörtern, sobald eine Verschlechterung der Wirtschaftslage zu befürchten ist.
3. Bei etwaigen gesetzlichen Maßnahmen muß dafür Sorge getragen werden, daß nicht durch die notwendigerweise schematische Fassung der Bestimmungen der äußerst verwickelte Produktionsprozeß des Maschinenbaues gestört wird.
4. Uebereinstimmung besteht über die Notwendigkeit einer noch verstärkten Ausbildung des Nachwuchses zwecks Vermehrung der Zahl der Facharbeiter.

## Neue Wege der Arbeitslosenfürsorge

Dr. Franz Goerig

Das Problem der Versorgung der Arbeitslosen steht in den letzten Jahren im Vordergrund der Sozialpolitik. Man hat die verschiedensten Ansätze erprobt und versucht.

Praktisch führten die Versuche immer wieder die Schwierigkeit vor Augen, die es bereitet, die sozialen Billigkeitsforderungen der Arbeitnehmer und die Konsequenzen des Rechtes auf Arbeit in Einklang zu bringen mit den Erfordernissen der Gesamtwirtschaft und unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Auslandsmarkte.

Hinzu kommen die Schwierigkeiten, die auf eine mangelnde Ueberzeugung von der Arbeitspflicht und auf ungenügende Arbeitslust einzelner zurückzuführen sind.

Der Notbehelf, der bei Beginn der Revolution in der Form der Reichsverordnung über die Erwerbslosenfürsorge gewählt wurde, war zwar bei der unermesslichen Arbeitslosigkeit und bei der Zerrüttung unserer damaligen Wirtschaft der schnellste Ausweg. Er barg aber doch eine Reihe erheblich bedenklich stimmender Nachteile in sich.

Den schlimmsten Schattenseiten der Reichserwerbslosenfürsorge ist man bereits dadurch begegnet, daß man die Verordnung ausbaute im Sinne produktiverer wirtschaftlicher Arbeitslosenfürsorge, die in erster Linie darauf hinauszielte, durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit Gegenwerte für die Erwerbslosengelder zu schaffen und damit gleichzeitig das Uebel der Arbeitslosigkeit an seiner Quelle zu erfassen.

Trotz dieser Umgestaltung ist die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge aber immer noch keine glückliche Problemlösung, weil der Fürsorge trotz aller papierernen Gegenbehaftungen mehr oder weniger ein Unterstüchtungscharakter innewohnt, weil der einzelne aus allgemeinen Steuermitteln ohne festen Rechtsanspruch und ohne unmittelbare Gegenleistung eben nur eine Unterstützung erhält und weil die Aufwendungen seitens des Reiches, der Staaten und Gemeinden in so gewaltigen Summen immer mehr zu der Valutaverfalltöschung und damit zu weiterer Konkurrenzunfähigkeit und zu einem Umsichgreifen der Arbeitslosigkeit führt.

Um diesen Nachteilen zu begegnen, plant die Regierung schon seit längerer Zeit die Ablösung der jetzigen Reichserwerbslosenfürsorge, die mit Ablauf der Demobilisationszeit am 31. März 1922 ohnehin ihre Rechtsgültigkeit verliert, durch eine Arbeitslosenversicherung.

Bereits im vorigen Jahre legte sie den Entwurf eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes vor, mußten diesen jedoch wieder zurückziehen, weil er 'en Widerspruch wider Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise heraufbeschwor.

Es waren sowohl sozialpolitische als auch versicherungstechnische Einwendungen, die man gegen den Entwurf in der alten Form erhob.

Man beanstandete z. B. den damaligen Plan, selbständige Arbeitslosenklassen für kleinere Bezirke zu schaffen, die im großen und ganzen selbst ihr Bezirksrisiko zu tragen haben sollten und nur in Ausnahmefällen eine Ausgleichsbeihilfe von seiten des Reiches erhalten sollten.

Mit Recht befürchtete man, daß auf diese Weise einzelne Bezirke infolge der ersinkenden Beitragslast in ihrer Konkurrenzfähig-

keit noch mehr beeinträchtigt werden würden, während andere Bezirke wesentlich weniger hart betroffen werden würden.

Man kritisierte auch den zu engen Anschluß der Arbeitslosenversicherung an die allgemeine Sozialversicherung und die Uebertragung der Hauptfunktionen an die Krankenkassen unter ungenügender Berücksichtigung der Arbeitsnachweise.

Hieraus befürchtete man eine nicht genügende Zusammenarbeit von Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung herleiten zu müssen.

Außerdem hielt man den Kreis der Versicherungspflichtigen nicht für zweckmäßig abgegrenzt, beanstandete die Einbeziehung auch der höher bezahlten Angestellten und hielt die im Gesetzentwurf enthaltenen Maßnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit für ungenügend.

Nach der Zurückziehung des früheren Entwurfes hat das Reichsarbeitsministerium die Frage der Arbeitslosenversicherung jedoch nicht ruhen lassen, sondern weiter zum Gegenstande von Verhandlungen mit den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemacht.

Als vorläufiges Ergebnis dieser Erwägungen und Beratungen finden wir in Nr. 24 des Reichsarbeitsblattes vom 30. September d. J. einen neuen Entwurf, der sich allerdings nur als Referentenentwurf bezeichnet und zu dem das Reichsarbeitsministerium sich seine offizielle Stellungnahme noch vorbehält.

Dieser neue Entwurf enthält gegenüber seinem Vorgänger wesentliche Verbesserungen und stellt eine weit günstigere Verhandlungsbasis dar.

Schon der Kreis der versicherungspflichtigen Personen ist wesentlich enger abgegrenzt.

Es sollen grundsätzlich diejenigen für den Fall der Arbeitslosigkeit pflichtversichert sein, die auf Grund ihrer Beschäftigung und ihres Einkommens auch Pflichtmitglieder einer Krankenkasse sind. Von diesen Personen sollen jedoch von der Versicherungs-pflicht in bezug auf die Arbeitslosenversicherung befreit bleiben:

1. wegen des Fehlens eines Versicherungsschutzes und weil keine Gefahr erheblicher Arbeitslosigkeit vorhanden ist, die in der Land- und Forstwirtschaft, mit häuslichen Diensten oder als Hausgehilfen beschäftigten Personen,
2. wegen des zu hohen Versicherungsrisikos die unständig im Wandergewerbe, im Nebenberuf oder nur gegen freien Unterhalt beschäftigten Personen, sowie
3. wegen anderweitigen Schutzes Arbeitnehmer, die infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd weniger als ein Drittel dessen verdienen, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung und in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen und deshalb anspruchsberechtigt auf Grund der Kranken- oder Invalidenversicherung sind oder die vom Reich, einem Lande, einem Gemeindeverbande uvm. Ruhegeld, Wartegeld oder von einem Versicherungsträger bzw. auf Grund des Reichsverordnungsgesetzes Rente beziehen, sofern der tägliche Betrag der Bezüge mindestens das Zweifache der Summe erreicht, die der betreffende Arbeitnehmer im Falle der Arbeitslosigkeit an Arbeitslosenunterstützung für seine Person erhalten würde.

Durch diese Einschränkung des Kreises der versicherungsberechtigten Personen wird erreicht, daß die Versicherung selbst nicht durch übermäßiges Risiko und mit unnützer Verwaltungsarbeit belastet wird, während für die des Schutzes nicht so bedürftigen Personen, insbesondere für die besser bezahlten Angestellten, eine Beitragsleistungspflicht mit Recht wegfällt, weil sie doch von den Versicherungsleistungen wegen ihrer Berufsbesonderheiten keinen genügenden Gebrauch machen könnten.

## Arbeitgeberstandpunkt über Sozial- und Lohnpolitik

Eine sehr beachtenswerte Konferenz fand vor einigen Tagen in Berlin statt. Dort hatten sich die Führer der Deutschen Arbeitgeberverbände mit den Vertretern der führenden deutschen Presse zusammengesunden zwecks Aussprache über unsere gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage. Aus dieser Konferenz mußte man den Eindruck gewinnen, daß die Arbeitgeberchaft mit allen Mitteln bestrebt ist, die öffentliche Meinung, das gesamte Wirtschaftsleben und die Gesetzgebung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Alle Dinge, die nicht einseitig dem Arbeitgebertum Vorteile bringen, sondern auf das Gesamtwohl eingestellt sind, wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Mit allen möglichen und unmöglichen Gründen versuchte man zu beweisen, daß unsere moderne sozialpolitische Gesetzgebung für unsere Gesamtwirtschaft schädlich sei.

Mit einer Gegenüberstellung von Zahlen des Jahres 1914 mit solchen von 1920 versuchte man zu beweisen, daß auf sozialpolitischen Gebiete zuviel getan werde. Man vergaß aber vollständig, die veränderten Verhältnisse und die dadurch stetig wachsenden Aufgaben der Sozialpolitik in Betracht zu ziehen. In den Ausführungen der

Herrn Dr. Tändler, Geschäftsführer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, kam es deutlich zum Ausdruck, wie wenig Rücksicht das Arbeitgeberertum auf die wirtschaftliche Schwäche des Arbeiters nimmt. Herr Konful Dr. Klönne aus Dortmund hat ohne Zweifel auf dieser Konferenz mit seinen Ausführungen den Vogel abgeschossen in bezug auf Einseitigkeit seines Standpunktes. Sein Referat „Kritik zur Lohnbewegung“ war ein glänzender Sieg einseitiger, wirtschaftlicher Berechnung über soziale Notwendigkeiten, und damit eine Niederlage für die Möglichkeit künftiger Produktionssteigerung, besonders wenn man in Betracht zieht, daß nach Ansicht des Herrn Dr. Klönne schon im vergangenen Sommer ein Lohnabbau hätte eintreten müssen. Die Behauptungen des Redners, alle Lohnerbhöhungen hätten eine Erhöhung der Preise im Gefolge, sind nur bedingt richtig, nämlich erst kam bisher die Preissteigerung und dann kam die in etwa ausgleichende Lohnerbhöhung. Wenn dann wiederum eine weitere Preissteigerung eintrat, so kann dieses doch nicht auf das Konto der Lohnerbhöhung gebucht werden, weil diese doch nachgedrungen auf die erste Preissteigerung eintrat. Jeder Mensch, der in den letzten Wochen und Monaten die Preissteigerungen verfolgt hat, weiß, daß erst auf die Preissteigerungen nach mehr als einem Monat die Lohnerbhöhungen folgten. Sollte es aber richtig sein, was die Presse berichtet, daß Herr Dr. Klönne den Tarifgebeten als schädlich und als eine Quelle ständiger Unruhen bezeichnet hat, so wäre dieser Standpunkt auf der einen Seite sehr bedauerlich, auf der anderen Seite aber würde der Arbeiterschaft erneut der Beweis gebracht sein, wie außerordentlich notwendig ihr Zusammenschluß in der gewerkschaftlichen Organisation ist. Die Ausführungen des letzten Redners, des Herrn Generaldirektor Müller, Köln, waren wohl die interessantesten auf dieser Konferenz. Die Mahnungen, die er an das Arbeitgeberertum richtete, der sozialen Grundstimmung der Arbeitnehmerschaft Rechnung zu tragen, schienen von der christlichen Absicht durchdrungen zu sein, daß dieselben nicht nur auf die Spitzenverbände beschränkt bleiben sollten. Diese Mahnungen sollten sich auch Herr Dr. Klönne und der Dortmunder Arbeitgeberverband mehr zu Herzen gehen lassen, sonst wird es ihnen nicht gelingen, die Seelen der Arbeiter, die sie bis heute noch nicht verstanden haben, zu erringen. Gegenseitiges Vertrauen und der ehrliche Wille zur Gemeinschaftsarbeit, wodurch der Arbeitnehmer gleichberechtigter und verantwortlicher Mitträger der Wirtschaft wird, kann nur allein unser Wirtschaftsleben gesund machen zum Wohle des gesamten deutschen Volkes.

### Gewerkschaftliches

#### Ein eigenartiger Berufsverband.

Unter dieser Ueberschrift bringt das Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Nr. 44 einen Artikel, der sich mit den jüngsten Angriffen des „Bergknappens“ auf unsere Organisation befaßt. Es dürfte unseren Kollegen bekannt sein, daß der Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter in letzter Zeit nachzuweisen vermag, der christliche Metallarbeiterverband habe den Standpunkt des Berufsbundes verlassen und sei im weiteren Maße Industrierverband als der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter. Um den Nachweis zu erbringen, hatte der Bergknappe mitgeteilt, daß wir in der Oberrheinischen Arbeiter einer Wäherci, in Saarbrücken die Arbeiter einer Eisenerzfabrik und in Hülba die Arbeiter einer Kautschukfabrik organisiert hätten. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter wußte ganz genau, daß die betriebsfremden christlichen Berufsverbände, die in den bezeichneten Werken zuständig wären, nicht an aller Orten schon Fuß gefaßt haben. Um diese Leute nun vor dem unerlöschlichen Magen der freien Gewerkschaften zu schützen, nehmen wir diese Leute zunächst einmal auf, um die selben dann den zuständigen Berufsorganisationen im christlichen Lager zuzuführen.

wie das gerade im letzten Jahre in zahlreichen Fällen geschehen ist. Wenn der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter in solchen Fällen anders handeln würde, machte er sich einer christlichen Handlung gegenüber der christlichen Gewerkschaftsbewegung schuldig. Wir werden daher dem Gewerksverein seinen Vorwurf daraus machen, wenn er ebenbürtig verübergend in Amberg die Freiheit organisiert. Wenn nun das Organ des roten Metallarbeiterverbandes aus diesen notwendigen Umständen für seine Organisation glaubt Nutzen ziehen zu können, so ist das leicht erklärlich, denn dieser Organisation ist jedes, auch das höchste Mittel gut genug, um die Konkurrenzorganisation zu verunglimpfen. Den roten Herrschaften an dieser Stelle sei es erlaubt, daß gerade sie am wenigsten Ursache haben, sich um die Ausbeutung der beiden christlichen Verbände zu kümmern, denn so viel Stand, wie im sozialistischen Lager vorhanden ist, wird man in alle Ewigkeit in den christlichen Gewerkschaften nicht vorfinden. Die letzten Jahre haben gezeigt, wie gerade in der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung Dinge vorgekommen sind, die fast bis zum Himmel stiegen. Wir erinnern nur an die partei-politischen Spaltungen, wie schon allein der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, anstatt gewerkschaftliche Arbeiterinteressen zu vertreten, Arbeit genau hatte, um seine Organisation dem Meer zu beinahe. In die für den Verband so kritischen Zeit war die rote Organisation trotz der christlichen Metallarbeiterverband eine verachtliche Gewerkschafts-Organisation, die h. praktische Arbeit bei der Vertretung von Arbeiterinteressen leistete, und sehr häufig wählten die Führer der sozialistischen Gewerkschaften Gelegenheit, sich hinter dem Einfluß der christlichen Metallarbeiterverband zu verbergen. Aus die er Tatsache allein geht hervor, daß der christliche Metallarbeiterverband in der deutschen Arbeiterbewegung den ruhenden Pol darstellt. Ob die Stürme von links oder von rechts kamen, wir sind die einzigen, welche das große Ziel, Vertretung der Metallarbeiterinteressen, nicht aus dem Auge verloren. Auf die blöden Unempfindlichkeit bezüglich des Namens unserer Organisation einzugehen, kann man sich wirklich sparen. Wir möchten jedoch dem roten Metallarbeiterverband und allen andern, die in das gleiche Horn blasen, den guten Rat geben, zunächst einmal in den eigenen Reihen einen Generalauszusparzunehmen, vorher haben sie absolut kein Recht, sich um andere Organisationen zu kümmern.

#### Der bestrafte Verleumder.

Aus Siegen wird mitgeteilt: Der sozialdemokratische Parteisekretär Schmidt, der es nie unterlassen konnte, in seinen Parteiverfammlungen die christlichen Gewerkschaften und deren Führer anzugreifen, wurde in einer Sitzung des Schöffengerichts wegen Verleumdung der christlichen Gewerkschaftssekretäre zu 500 Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle für je 10 Mark ein Tag Haft verurteilt. Schmidt hatte im Februar dieses Jahres in einer Parteiverfammlng behauptet:

„Es ist erwieen, daß die christlichen Arbeitersekretäre 1/2 Stunde nach einer Sitzung in der Arbeitsgemeinschaft mit denselben Herren in einem anderen Lokal an einem Tisch sitzen, um Pläne zu schmieden gegen die Arbeiterschaft.“

Schmidt strift die Meufierung zwar ab, wurde aber durch Zeugen überführt. Sossentlich erachtet sich Herr Schmidt nach die em Urteil die Voracht und Objektivität in seinen Ausführungen an, die im Interesse des Anstandes auch gegenüber Gegnern notwendig ist.

#### Neben ist Silber, Schweigen ist Gold.

Aus Gelsenkirchen schreibt man uns: „Das aus dem Munde Hues stammende schmutzige Agitationswort: „Man muß der Masse schmeicheln und die Führer vor den Bauern treten!“ ist nicht selten gegen christliche Gewerkschaftsführer von Sozialisten aller Gattungen angewandt worden, hat aber immer noch die beachtlichste Wirkung verübt. Wir erinnern uns neben ja vielen diesbezug. Anstrengungen einer Resolution, die vor mehr als Jahresfrist einer Belegchäftsverammlung der Hochöfen unterbreitet wurde und die von Verdächtigungen und Verleumdungen gegen die Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes geradezu irakie und deren Einbringung trotz wackerhafter Auforderung nicht den Mut fanden, den Inhalt der Entfregung mit ihrem Namen auch nach außen hin zu bekenn. Ähnlich lag ein Fall, der sich vor der gleichen Belegchäftsverammlung ereignete, aber einen anderen Ausgang nahm, da der Verleum-

der sofort gefaßt werden konnte. Als in der ersten Streikverfammlng von drei Wochen Gewerkschaftssekretär Zillekens seiner Meinung dahin Ausdruck gab, daß der begonnene Kampf nicht die Hoffnung auf Erfolg bei ihm erwecken könne (die Nichtigkeit die er als Fallung, ist durch den Ausgang des Streiks vollst auf bestätigt worden), da war es das Mißgeschick des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Lind e, der den letzten Streik der Arbeiter der „Gelsenkirchener Gußstahls- und Eisenwerke“ zu einer Verleumdung und Verdächtigung benutzte, die kein Angehöriger der Gewerkschaftsbewegung ruhig hinnehmen konnte. Es wurde recht bald Herr Linde Gelegenheit gegeben, seine Behauptungen zu beweisen und je branzlicher die Geschichte für ihn wurde, um so mehr klappte er zusammen. Interessant war vor dem Schiedsmann die Aussage von Linde, daß der ehemalige Geschäftsführer des deutschen Metallarbeiterverbandes, Karl Müller, seines Amtes als Gewerkschaftssekretär entsetzt worden wäre, weil der Streik bei den „Gelsenkirchener Gußstahls- und Eisenwerken“ einen für die Arbeiter ungünstigen Ausgang genommen hätte.“ Das ließ auf gut Deutsch überk. daß der Mißgeschick im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband von seinen Angestellten verlangt, daß die nach dem Grund zu handeln haben: „Wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe!“, oder: „Wer nicht pariert, der fliegt!“ Immerhin ein interessantes Eingeständnis.

Daß Neben Silber, Schweigen aber Gold ist, mußte Herr Linde eriaen, als er sich um weiteren Unannehmlichkeiten aus dem Meer zu gehen, bezüglich seiner Verdächtigung des Führers des christlichen Metallarbeiterverbandes zu folgenden Erklärung auszuweisen sah, die, da er sie in öffentlicher Verfammlng erhob, nun auch der Öffentlichkeit unterbreitet werden muß. Sie lautet wörllich:

„Ich, Johann Linde, Arbeiterratsmitglied der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G., nehme hiermit den in der Betriebsverfammlng der Hochöfen am Mittwoch, den 12. Oktober 1921, über dem Gewerkschaftssekretär Zillekens gemachten Auspruch: „Nur durch Zillekens ist der Streik bei 2. und 3. Hütten zusammengebrochen“, hierdurch mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, da mir für diese Behauptung jegliche Unterlagen und Beweise fehlen.“

Gelsenkirchen, im Oktober 1921. ges. J. Linde.“  
Ja ja!  
So nützlich auch das Neben, nicht sei ihm am so hoch!  
Da Neben ist von Silber, das Schweigen ist von Gold!  
Drum hüte deine Zunge wohl: bald ist ein böses Wort gesprochen!  
O Gott es war nicht böse gemeint — der andere aber geht und flagt!“

### Streiflichter

#### Sieben kommunistische Parteien.

Herr Adolf Hoffmann, Stadtverordneter, Landtagsabgeordneter und Kultusminister a. D. sowie Reichstagsabgeordneter, ausaerwähltes Mitglied der Mehrheitssozialdemokratie und U.S.P.D., ist jetzt aus der kommunistischen Partei ausgetreten. Die „Freiheit“ erlaubt sich in dieser Hinsicht folgende niedliche Bemerkungen:

„Die Reichstagsfraktion der Vereinigten kommunistischen Partei hat sich während der Sommerferien in sechs Teile gespalten. Anzweihlen hat der Läuterungsprojekt neue Fortschritte gemacht. Adolf Hoffmann, der bisher zu den Untergeordneten zählte, ist mit Ernst Däumig, der sich den schwankenden Gestalten angeschlossen hatte, mit geworden; beide sind aus der Reichstagsfraktion der U.S.P.D. ausgetreten. Es ergibt sich nunmehr folgende Zusammenstellung:

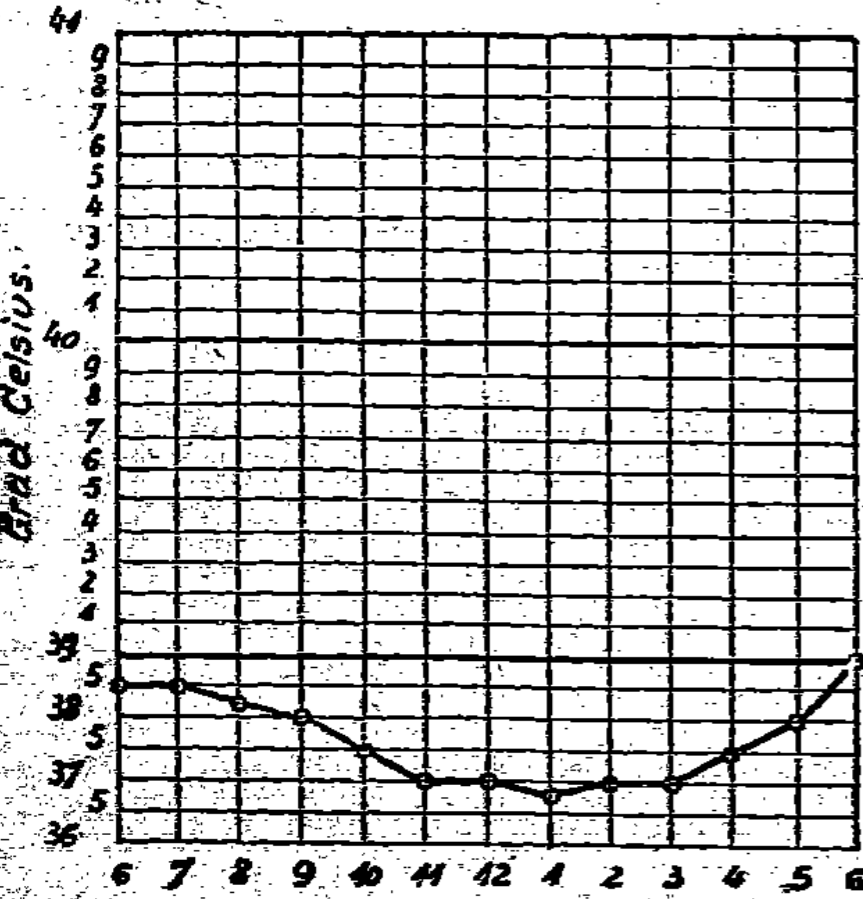
1. Die Moskauer: a) die Unentwegten: Kemele, Trüchld; b) die Abgeigten: Stoedn, Höllein, Koenen.
2. Die Leviten: Levi, Mafschn.
3. Die Kausgeworfenen: Reich, Düwoll, Gener jun.
4. Die Ausgetretenen: H. Teuber, Marie Wadwig.
5. Die Untergeordneten: Zeitlin, Wietner, Edardt, Braß Bark, Heidemann.
6. Die schwankenden Gestalten: Dr. Schjeld, Genger, jen. Berthele, Eikhorn, Thomas, Fries.
7. Die Wildgewordenen: Ernst Däumig, Adolf Hoffmann.

### Graphische Tabellen

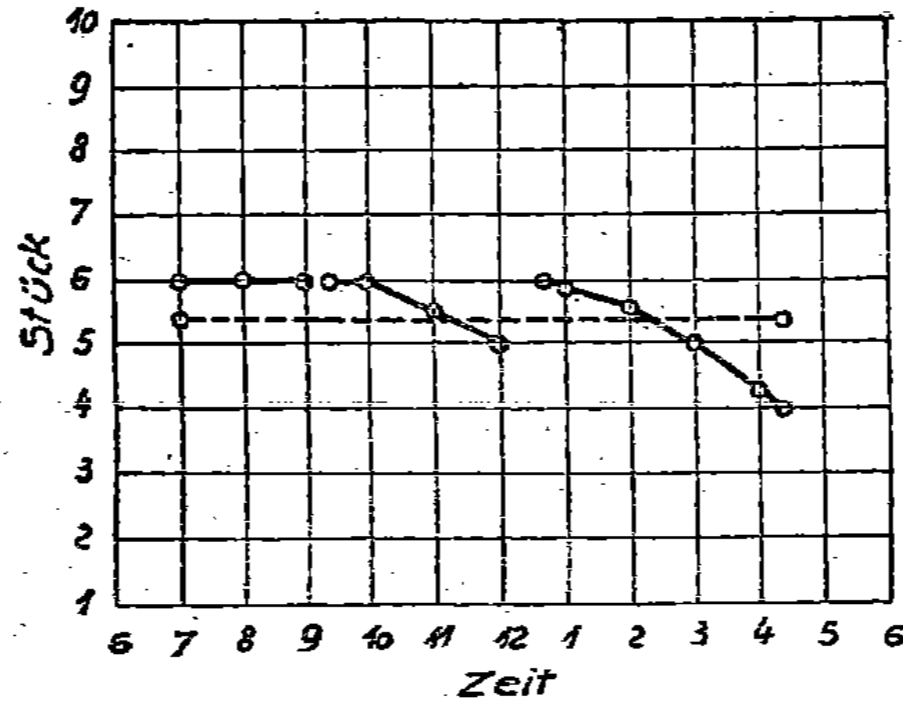
Ingenieur W. Hoffmann.

Die hastende Zeit, welche uns bereits soviel neue Erhellungen auf dem Arbeitsgebiet gebracht hat, ist die Ursache, daß neben neuen Arbeitsmethoden, neuen Ausbildungsmöglichkeiten u. Wirtschaftlichkeitsbestrebungen eine schnelle Orientierung über die Erfolge aller dieser Neuerungen gefordert wird. Bisher war diese Orientierung durch gegenüberstellende Tabellen möglich, in welchen die Zahlenangaben das Ereignis vor und nach Einführung irgend einer Aenderung zeigten. Dem Kaufmann und vor allem dem Statistiker lagen ja auch heute noch die Zahlen alles, wenn auch bereits auf vielen Gebieten sich eine andere Methode eingebürgert hat. Diese ist die graphische Tabelle. Die nachstehenden Zeilen sollen dazu dienen, das Verständnis für graphische Tabellen zu wecken und so Gelegenheit zu geben, daß es einer größeren Anzahl als bisher möglich ist, sich schnell in diesen zurechtzufinden und den Wert derselben schätzen zu lernen.

Wer einmal ein Krankenhaus besucht hat, wird bei jeden Kranken eine „Fieberkurve“ in der Nähe der Kamensstiel gefunden haben. Es ist dies die einfachste Form der graphischen Tabelle. In wagrechter Reihe sind die Stunden aufgetragen, in



(Abbildung 1)



(Abbildung 2)

entweder die Thermometergrade (s. Abb. 1.) Angenommen es erfolge Händlich eine Fiebermessung, so ergibt sich bei wachsendem Fieber etwa ein Bild nach Abb. 1, wenn die gefundenen Punkte verbunden werden. Man sieht hier eine wellenförmige Linie, welche von der wagrechten (in diesem Fall die normale Körpertemperatur von 38 Grad) morgens und abends mehr abweicht als an den anderen Tageszeiten. Hierdurch ist kennlich, daß das Fieber abends am höchsten war, dann etwas nachts, manchmal wieder tagsüber wieder nachzulassen, bis es abends vielleicht wieder steigt. Man kann also an dieser Linie mit einem einzigen Blick den Verlauf des Fiebers erkennen.

Uebertagen wir nun das oben Gezeigte auf unsere Beruf, in dem ja gerade jetzt so viel Statistiken aufgestellt werden, so erkennen wir auch hier sehr bald den Wert der graphischen Aufzeichnung. Angenommen es soll festgestellt werden, wie sich die Leistung eines Schloßers für eine Arbeit im Tage verhält, so wird man vielleicht eine Tabelle nach Abb. 2 aufstellen. In wagrechter Reihe die 6 Arbeitsstunden des Tages mit Punkten, in vertikaler die Stückzahl.

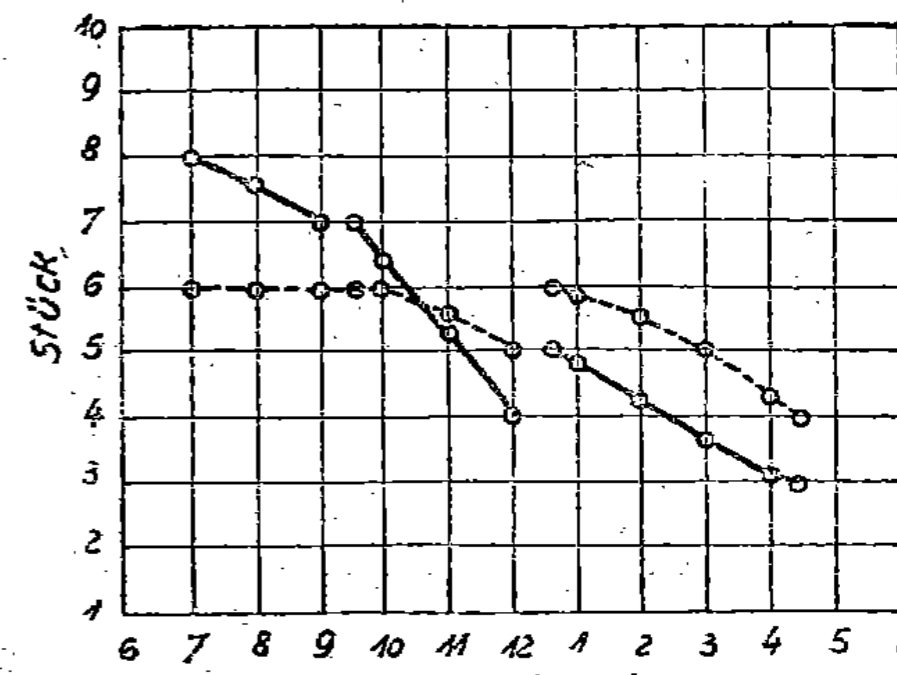
Hier würde die Linie etwa wie in Abb. 2 angegeben verlaufen.

Von 7-9 Uhr bleibt die Stückzahl in der Stunde ungefähr gleich mit 6, dann von 9 bis 10 Uhr zunächst, nach dem Frühstück, sinkt die Stückzahl in der ersten Stunde etwa wieder mit 6 an, durch die sonstigen Ermüdung nimmt sie ab, jedoch sie zu Mittag nur noch 5 Stück in der Stunde beträgt. Von 12-1 Uhr Mittag. Nach dem Mittag wird wieder mit 6 Stück Arbeit angefangen (Stückzahl 6) um dann verhältnismäßig schneller als am Vormittag zu gehen, bis Arbeitsstunde etwa auf 4 Stück. Aus dieser Linie ist nun verhältnismäßig zu erkennen, Erpaus die natürliche Er-

müdung, zweitens die Zeit der größten Schaffenskraft, und aus der punktierten Linie die durchschnittliche Stundenleistung. Werden nun solche Tabellen eine Woche oder mehrere jeden Tag aufgenommen, so ist durch Uebereinanderlegen der Linien genau zu sehen, daß z. B. Montag, Freitag und Samstag keine Höchstleistungstage sind. Das liegt in der menschlichen Natur begründet, die Gründe zu erklären soll einem späteren Aufsat vorbehalten bleiben. Hier soll nur bereits erwähnt werden, daß diese so aufgestellten graphischen Tabellen die Unterlagen bieten für Ueberprüfung, für Arbeitseinteilung und Platzweisung.

Wenn man dieses Beispiel nun erweitern will, man will vielleicht Vergleiche ziehen zwischen einem älteren Arbeiter und einem jüngeren, vielleicht um den älteren eine für ihn nicht mehr geeignete Arbeit durch Umstellung einer anderen besser zu beschäftigen, so werden die „Stücklinien“ der beiden Arbeiter in eine Tabelle gezeichnet etwa nach Abb. 3. Es bedeutet hier die volle Linie die vom älteren Arbeiter geleistete Stückzahl, die punktierte die des jüngeren. Man kann hier sehen, daß zufolge seiner früheren Geschicklichkeit (da er länger mit der gleichen Arbeit beschäftigt wurde) der ältere Arbeiter im Anfang mehr leistet, daß er aber zufolge seines Alters schneller ermüdet und die Leistung dann unter die des jüngeren Arbeiters sinkt, jedoch wohl die mittlere Tagesleistung bei beiden ziemlich gleich ist, daß aber der ältere Arbeiter ermüdet ist und mehr Kraft verausgabt hat als der jüngere.

Diese Beispiele allerartiger Art lassen sich nun in den verschiedensten Abänderungen erweitern. Wenn man jedoch erst einmal den Grundbegriff einer solchen Tabelle erfaßt hat, kann man ohne Schwierigkeiten sich auch in solche zusammengesetztere Art finden.



(Abbildung 3)



